

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 5. November 2015.

Die Verwaltung zog die Vorlage zur Einstellung des Bücherbusses zurück, da der Anregungs- und Beschwerdeausschuss die Verwaltung gebeten hat, die Grundlagen der Beschlussvorlage zu prüfen. Die CDU zog ihren Antrag zur Bezuschussung einer Flutlichtanlage auf dem Sportgelände DJK TuSA 06 zurück, nachdem die Verwaltung erklärte, dass sie eine entsprechende Beschlussvorlage für den Sportausschuss vorbereitet hatte. SPD, FDP und BÜ 90 zogen ihren Antrag zur finanziellen Unterstützung der Kommunen bei der Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden zurück. Es handelte sich um einen Restanten aus der letzten Sitzung.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage des Piraten erklärte die Verwaltung, dass **W-LAN in allen Flüchtlingsunterkünften** eingerichtet wird unter der Voraussetzung, dass die Stadt nicht in die Störerhaftung genommen wird. Unter Einbeziehung möglicher Träger wird ein Konzept erarbeitet. Vorrangig wird das WLAN über einen kostenlosen Hotspot von Unitymedia ausgestattet. Wo dies nicht möglich, wird ein DSL-Anschluss der Stadt möglichen Trägern bereitgestellt (z.B. Bürgerstiftung Gerresheim für die Unterkünfte Heyestraße und Manthenstraße). Die Beschränkung durch Powerspots bei Unitymedia soll Ende 2015 aufgehoben werden.

Aufgrund einer Anfrage des Piraten teilte die Verwaltung mit, dass städtische Unternehmen **Sportevents** aus eigenen unternehmerischen Interessen unterstützen. Dies wird in den Budgets eingeplant und hat keine Auswirkung auf mögliche Ausschüttungen an die Stadt. Die Wirtschaftspläne für 2017 werden erst Ende 2016 verabschiedet. Die Förderung von Sportevents ist keine Angelegenheit des Bundes. Das Land fördert in der Regel internationale Meisterschaften, in Ausnahmefällen auch deutsche Meisterschaften. Der Bund der Deutschen Radfahrer und Radfahrerinnen begrüßt die Bewerbung Düsseldorfs um den Grand Départ der Tour de France. Nach positivem Ratsbeschluss wird die Verwaltung weitere Gespräche mit Land und Bund der Radfahrer und Radfahrerinnen führen.

Anfragen

Eine Anfrage der Linken zu **Fördermitteln für Sozialwohnungen** teilte die Verwaltung mit, dass die städtische Wohnungsgesellschaft bis 2019 30 Wohnungen im geförderten Wohnungsbau errichten wird. Um das Ziel von 1000 Sozialwohnungen zu erreichen, reicht das vom Land bereitgestellte Fördervolumen von 40 Mio nicht aus (bei 75 qm Wohnfläche werden 125.000 Euro bereitgestellt). Es wurde aber zugesagt, dass weitere Mittel bereitgestellt werden, wenn das Kontingent ausgeschöpft ist. Die Verwaltung teilte mit, dass die Erfahrungen mit der Quotierungsregelung - 20 % öffentlich geförderte Wohnungen, 20 % preisgedämpfte Wohnungen - derzeit ausgewertet werden. 2014 wurde 22,9 Mio Euro der bereitgestellten Fördermittel von 25,4 Mio abgerufen.

Eine Anfrage der Fraktion Tierschutzpartei/freie Wähler befasste sich mit der **U 81**. Die Verwaltung teilte mit, dass der Einplanungsantrag für die Finanzierung des 1. Abschnittes zwischen Freiligrathplatz und Flughafen gestellt wurde, weil die Maßnahme in besonderem Interesse des Landes ist. Voraussichtlich werden 60 % der förderfähigen Kosten durch den Bund und 30 % durch das Land bezuschusst. Die Verwaltung wies darauf hin, dass für jeden Teilabschnitt ein Verkehrswert festgestellt werden muss und die Bereitstellung von Fördermitteln nach 2019 noch nicht bekannt ist.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90/Die Grünen zur **PFT-Bodenbelastung am Flughafen** teilte die Verwaltung mit, dass an mehr als 200 Grundwassermessstellen laufend Proben entnommen werden. Derzeit werden Proben genommen mit dem Ziel, die PFT-Fahne darstellen zu können. Auswertungen werden Anfang 2016 erwartet. Bisherige Untersuchungen zeigen, dass sich die Fahne seit 2012 nicht wesentlich verändert hat. Priorität hat die Erstellung hydraulischer Abschirmungen, um die Fahne von der Eintragstelle zu trennen. Die erste Maßnahme ist bereits durchgeführt worden, die Funktionstests laufen derzeit. Bis Ende des 1. Quartals 2016 werden zwei weitere Maßnahmen durchgeführt werden mit dem Ziel, eine Abströmung in Richtung Lohausen, Kaiserswerth und zum Rhein zu verhindern. Sobald die Fahne aufgrund der oben beschriebenen Untersuchungen dargestellt werden kann, können Abschirmungen der Fahne eingerichtet werden. Die im Schutz der hydraulischen Abschirmung durchzuführenden Bodensanierungen werden bis Dezember 2016 abgestimmt. Die Verwaltung verwies darauf, dass bereits seit 2007 stadtweit Untersuchungen zur Ermittlung von PFT-Verunreinigungen durchgeführt wurden. Über die langwierigen Sanierungen liegen auch in anderen Städten noch keine Praxiserfahrungen vor.

Eine Anfrage der Fraktion Tierschutzpartei/Freie Wähler erläuterte die Verwaltung, dass die Anpassung der **Besoldung von Beamten und Versorgungsempfängern und -empfängerinnen** entsprechend den landesrechtlichen Vorschriften erfolgte. Die Pensionsrückstellungen werden in der Bilanz abgebildet, die Beteiligung an einem Versorgungsfonds ist damit entfallen.

Auf eine Anfrage von BÜ90/Die Grünen "Chancen für die Stadt Düsseldorf - **Zugang zu Förderprojekten** bestmöglich unterstützen" teilte die Verwaltung mit, dass die Stadt seit 2009 in drei Projekten europäische Fördermittel von ca. 207.000 Euro erhalten hat. Das Gesamtvolumen der Projekte betrug 12,9 Mio Euro. Drei weitere Projekte mit einem Gesamtvolumen von 2,38 Mio Euro befinden sich in der Antragsphase. Der Europatag wurde mit 2.000 Euro vom Land NRW gefördert. Das Büro für internationale Angelegenheiten koordiniert die Beantragung europäischer Fördermittel.

Kleine Kommission Kö-Bogen

Die Verwaltung teilte mit, dass der Rohbau des Tunnels abgeschlossen ist, zur Zeit erfolgt Ausbau. Die provisorische Inbetriebnahme erfolgt am 10.11., der Restausbau anschließend. Die Anschlüsse im Bereich Berliner Allee/Immermannstraße sind teilweise fertiggestellt, die oberste Deckschicht wird erst im Frühjahr aufgetragen. Der Bau der Spindel hat begonnen. Der Gleisbau für die Straßenbahntrasse wird bis zur Inbetriebnahme der Wehrhahnlinie abgeschlossen. Mit der Oberflächengestaltung im 2. Bauabschnitt wurde im Juli begonnen. Bis zum Beginn der Weihnachtsmärkte sind die Bereiche Kö-Ost und Theodor-Körner-Straße abgeschlossen. Die Kostenprognose ist positiv stabil.

Für den 2. Bauabschnitt des Kö-Bogens soll zeitnah ein Abrissantrag gestellt werden. Der Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes soll noch in diesem Jahr in einer Sondersitzung des Planungsausschusses gefasst werden.

Kommission RRX

Die Kleine Kommission hat sich über den Planungsstand in Düsseldorf und insbesondere den Abschnitt Angermund-Wehrhahn informiert. Der Oberbürgermeister teilte mit, dass durch eine Aufspaltung des Planfeststellungsverfahrens in den Ansiedlungsbereich Angermund und den Abschnitt Kalkum-Unterrath mehr Zeit zur Abstimmung besteht. Eine Machbarkeitsstudie zum S-Bahnhof Angermund hat aufgezeigt, dass der Tunnelzugang aufgeweitet und mit einer Tageslichtöffnung versehen werden kann. Die Mehrkosten betragen ca. 3,2 Mio Euro, für die Optimierung der S-Bahnanlagen

werden 2,4 Mio Euro veranschlagt, hinzu kommen ca. 150.000 Euro für Grundstücks-käufe im Zusammenhang mit dem P& R-Platz.

Hinsichtlich einer von der Bürgerinitiative gewünschten Gleiseinhausung wird es eine vergleichende Aufarbeitung und Bewertung geben. Am 24.11. werden die BV 5 und am 9.12. die BV 9 informiert. Der Oberbürgermeister bedauerte, dass die Bürgerinitia-tive einen geplanten Termin am 28.10. abgesagt und eine Pause in den Gesprächen angekündigt hat. Die Bürgerinitiative hat folgende Forderungen

1. Einrichtung eines Projektbeirates mit einem neutralen Moderator und dessen Teil-nahme an Gesprächen mit Ministerien
2. Herausgabe aller Unterlagen
3. frühzeitige Bürgerbeteiligung

Der Oberbürgermeister bezeichnete hinsichtlich des Punktes 1 Bund, Land, Bezirksre-gierung und DB-AG als zuständig. Die Stadt ist nicht autorisiert Unterlagen der DB-AG an Dritte herauszugeben. Oberbürgermeister Thomas Geisel hat die Initiative gebeten, wieder an den Gesprächstisch zurückzukehren.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat stimmte bei Enthaltung des Republikaners der **Bereitstellung überplanmä-Biger Mittel in Höhe von 12,5 Mio Euro für die Anmietung, Herrichtung und Unterhaltung von Flächen zur Unterbringung Asyl suchender Personen und Flüchtlingen** zu. Die Kosten belaufen sich auf ins. 41,1 Mio Euro. Für Erstaufnahmen erstattet das Land für das Jahr 1,6 Mio Euro, 1,5 Mio waren bereits im Vorjahr bereit-gestellt, die übrigen Mittel wurden bereits in 2015 zusätzlich bewilligt.

Der Rat genehmigte einstimmig eine Dringlichkeitsentscheidung: Für die Einrichtung und des **Betrieb eines Verteilzentrums für Flüchtlinge zur Erstversorgung und Weiterleitung** der in Düsseldorf ankommenden Flüchtlinge. Hierfür wurden bis zu 3 Mio Euro bereitgestellt. Es erfolgt ein Auslagenersatz durch das Land. Am 6.9. wurden die ersten Flüchtlinge empfangen. Seit dem 7.9. werden die in NRW ankommenden Sonderzüge im täglichen Wechsel nach Dortmund bzw. Köln und Düsseldorf geleitet.

Der Rat beschloss gegen CDU, Tierschutzpartei/Freie Wähler, AfD, Republikaner die **Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge** und trat der auf Landesebene beschlossenen Rahmenvereinbarung mit den beteiligten Kranken-kassen bei. Während der ersten 15 Monate des Aufenthalts in der Bundesrepublik ha-ben Flüchtlinge nur Anspruch auf Krankenversorgung zur Behandlung akuter Erkran-kungen sowie Hilfen für Schwangere und Wöchnerinnen. Es werden derzeit quartals-weise Krankenscheine ausgestellt. Ob weitere Leistungen zur Sicherung der Gesund-heit unerlässlich sind, wird im Einzelfall geprüft. Nach 15 Monaten erhalten Lei-stungsberechtigte eine elektronische Gesundheitskarte als gesetzliche Regelleistung. Durch den Beitritt zur Rahmenvereinbarung erhalten Flüchtlinge künftig für die Dauer von 24 Monaten eine elektronische Gesundheitskarte und Zugang zu allen Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung. Allerdings gibt es „aufschiebbare“ Leistungsbe-reiche, für die die Leistungsanträge erst bei der Stadt zu stellen sind (Vorsorgekuren, Neuversorgung mit Zahnersatz, künstliche Befruchtungen usw.).Für den Einzug der Karte und eventuellen Missbrauch ist die Kommune zuständig. Durch die Ausweitung des Leistungsspektrums auf das Niveau der Gesetzlichen Krankenversicherung entste-hen im Vergleich zur Selbstabwicklung Mehraufwendungen, die für 2016 mit 4,9 Mio kalkuliert wurden. Das Verfahren birgt die Chance, Verwaltungsabläufe zu entlasten sowie die Rabatt- und Abrechnungssysteme der Krankenkassen zu nutzen. Es wird eine regelmäßige Evaluation stattfinden. Das Verfahren soll ab 1.4.2016 angewendet werden.

Die CDU ist gegen eine Leistungserweiterung und die Mehrkosten, bezeichnete die

Gesundheitskarte als bürokratischen Aufwand, der Haushaltsrisiken birgt, die nicht überschaubar sind. Stadtdirektor Hintzsche berichtete von Erfahrungen in Hamburg und Bremen, wo weder die Verwaltungskosten noch die Leistungskosten höher sind als ohne Gesundheitskarte. Der Antrag des Piraten, mehrsprachige Integrationstools für Flüchtlinge im Hinblick auf das deutsche Gesundheitssystem zur späteren Einbindung auf städtischen und evtl. externen Internetseiten, zu entwickeln, wurde an den Runden Tisch "Flüchtlinge" überwiesen.

Der Rat beschloss gegen CDU, Fraktion Tierschutzpartei/freie Wähler bei Enthaltung der Linken und des AfD-Mitglieds die **Neustrukturierung des Stadtmarketings**. Zur Etablierung einer neuen Strategieeinheit Marketing Düsseldorf GmbH beschloss er den Erwerb der Geschäftsanteile an der sportAgentur Düsseldorf GmbH von der Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH und eine Umfirmierung in Marketing Düsseldorf GmbH. Der Gesellschaftsvertrag soll so verändert werden, dass der Unternehmensgegenstand dieser umfirmierten Gesellschaft auf die Aufgabe einer strategischen Markeneinheit (einschl. Dachmarke) ausgerichtet wird. Die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der DMT werden zugleich in den Aufsichtsrat der Marketing Düsseldorf GmbH entsandt. Über einen Beirat sollen die relevanten Institutionen die Entwicklung der Gesellschaft beraten und begleiten. Die Gesellschafterversammlung wurde befugt, die Geschäftsführung zunächst für einen Zeitraum von maximal 24 Monaten zu bestellen. Vor der Bestellung ist eine Empfehlung des Aufsichtsrates einzuholen. Die Geschäftsführung der Marketing Düsseldorf GmbH wird in Personalunion auch als Geschäftsführung der heutigen DMT bestellt. Der Personalaufwand der Gesellschaft darf in den nächsten 24 Monaten 600.000 Euro im Jahr nicht übersteigen. Der Rat beauftragte die Marketing Düsseldorf GmbH mit der Fortführung des Prozesses zur Entwicklung einer Marketingstrategie und einer Dachmarke unter Berücksichtigung der bestehenden Markenkernanalyse mit Beteiligung aus Wirtschaft, Kultur, Sport, Stadtgesellschaft und Politik sowie der breiten Öffentlichkeit und in transparenten Schritten. Zwischenberichte sollen im zuständigen Ausschuss und in den Medien erfolgen. Die Verabschiedung einer Marketingstrategie bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates. Die DMT soll künftig als Tochter der Marketing Düsseldorf GmbH geführt werden und unter dem Namen Tourismus Düsseldorf GmbH firmieren. Der Rat stimmte dem Erwerb der von den Minderheitsgesellschaftern gehaltenen Anteile von bis zu 25 % zu und ermächtigte die städtischen Vertreter/innen der Veräußerung zuzustimmen. Die erforderlichen Mittel sollen außerplanmäßig bereitgestellt werden. Außerdem stimmte der Rat der anschließenden Übertragung sämtlicher von der Stadt an der DMT gehaltenen Anteile auf die Marketing Düsseldorf GmbH zu und ermächtigte die städtischen Vertreter/innen in den Gremien, dem zuzustimmen. Die Marketing Düsseldorf GmbH soll als Strategieholding agieren, mittelfristig ist die Integration weiterer städtischer Einheiten angedacht. Die Tourismus Düsseldorf GmbH wird Imagekampagnen planen und managen, die Social Media und Internetpräsenz betreuen sowie Partner zur Erhöhung des Eigenerlösanteils akquirieren.

Der Rat beschloss in geheimer Abstimmung mit 40 zu 39 Stimmen, dass sich Düsseldorf als **Austragungsort für den Grand Départ der Tour de France 2017** bewirbt und die erforderlichen Mittel in den Haushalt 2016 und 2017 einzustellen. Auf Antrag des Piraten beschloss der Rat gegen CDU, FDP bei Enthaltung der Linken, dass, falls die Bewerbung für 2017 nicht erfolgreich sein sollte, von der Stadtmarketinggesellschaft ein Gesamtkonzept für einen möglichen "Grand Départ" erarbeitet und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt wird. Die Kosten belaufen sich auf ca. 11,1 Mio Euro. Dagegen stehen Einspar- und Gegenfinanzierungspotenziale von 3 Mio Euro. Auf der Basis einer Studie von Deloitte & Touche wird mit Steuer-Mehreinnahmen in Höhe von 1,9 Mio Euro gerechnet. Der sportliche Teil des Grand Départ beginnt mit der Vorstellung der Mannschaften am Donnerstag und wird live im Fernsehen übertragen. Am

Freitag folgt das offizielle Training der Teams, das in den vergangenen Jahren bereits ein Zuschauer-Magnet war. Am Samstag findet der Prolog als Einzelzeitfahren statt. Diese Veranstaltung wird in 60 Länder live übertragen. Am Sonntag erfolgt der Start der zweiten Etappe, wiederum mit Live-Bildern. Zur Ausrichtung des Grand Départ gehören eine Medien- und PR-Veranstaltung für das Publikum 100 Tage vor dem Start, ein offizielles Dinner am Abend vor dem Start, eine Gala-Veranstaltung „Le Nuit de Tour“, fünf Pavillons im Village für Gäste der Stadt, eine Jedermann-Fahrradveranstaltung und ein öffentliches Fanfest mit Live-Übertragung auf Großleinwand. Darüber hinaus wird ein Begleitprogramm entwickelt, um das städtische Rad-Konzept und das Tour-de-France-Projekt zu verzahnen und zur Förderung des Radverkehrs zu nutzen. Evt. wird die Gruppe Kraftwerk, deren letztes Album den Titel „Tour de France“ trägt, ein Konzert geben.

Stadtdirektor Hintzsche bezifferte den Medienwert auf 30 Mio Euro. Konservativ werden Einnahmen für die Gastronomie mit 54 Mio und die Hotellerie mit 3 Mio Euro kalkuliert. Beigeordneter Dr. Keller erinnerte daran, dass das Radhauptnetz in den nächsten Jahren umgesetzt wird und entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt sind. Die Mitarbeiterzahl im Fahrradbüro wurde aufgestockt. Die Radinfrastruktur wird sich deutlich positiver entwickeln als bisher. „Wir brauchen nicht nur, dass die Leute fahren können, wir müssen das Fahrradfahren auch in die Köpfe bekommen.“ Deshalb soll eine umfassende Radkampagne die Menschen auf das Rad bringen. Die Bewerbung um Tour de France kann einen entscheidenden Impuls geben. Das Fahrrad wird auf Jahre hinaus in den Mittelpunkt rücken, da es im Vorhinein ständig Aktivitäten geben wird. Während des Events wird auf Düsseldorf als Fahrradstadt geschaut. Im Nachlauf wird man von den Bildern zehren und diese einsetzen, um das Fahrradfahren wach zu halten. Der Effekt wird nicht auf das Wochenende beschränkt sein, was andere Städte bestätigen. Dieses Event eröffnet ganz andere Möglichkeiten als Radrouten und Rad-Aktiv-Tage, Qualität in das Marketing für das Fahrradfahren zu bringen.

Der Rat beschloss mit den Stimmen von SPD, FDP, BÜ 90 Linken und Pirat eine Änderung der **Parkgebührenordnung**. Die Parkgebühren an Parkscheinautomaten werden in der Zone 1 (Innenstadt) von 0,95 auf 1,45 je halbe Stunde, in der Zone 2 (Medienhafen, Oberkassel) von 0,55 Euro auf 1,05 je halbe Stunde und in Zone 3 von 0,25 auf 0,75 Euro je halbe Stunde erhöht. Die „Happy Hour“ von 9 bis 11 Uhr entfällt. Die Bewirtschaftung wird werktags auf 20 Uhr verlängert. Über einen Änderungsantrag der CDU, in der Zone 2 die Gebühren nur in Oberkassel zu erhöhen, in der Zone 3 die Automaten durch Parkscheibenregelungen zu ersetzen und die Bewirtschaftungszeiten in der Altstadt und auf der Königsallee auf Montag bis Sonntag von 9 bis 23 Uhr auszudehnen, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Der Rat beschloss einstimmig, den bisher als „Hentrich-Saal“ geführten Kammermusiksaal der Tonhalle in **„Trautvetter-Brückner-Saal“** umzubenennen.

Der Rat nahm einstimmig mit Dank **Schenkungen** an

- von Frau Frauke Thole 27 Glasarbeiten des Bildhauers Jan Fisar für die städtische Sammlung des Museum Kunstpalast, Glasmuseum Hentrich,
- von Herrn Günther Drenkerder eine 21-teilige Fotoserie „Künstlerporträts“ von Lothar Wolleh für die städtische Sammlung des Museum Kunstpalast, Archiv künstlerischer Fotografie der rheinischen Kunstszenen (AFORK);
- das Vermächtnis von Herrn Eberhard Bieber mit 13 Werken des Düsseldorfer Malerschülers German Grobe für die städtische Sammlung des Museum Kunstpalast, Gemäldegalerie.

Personalien

Der Rat beschloss einstimmig die Reihenfolge, in der die Beigeordneten bei Verhinderung des allgemeinen Vertreters des Oberbürgermeisters (das ist Stadtdirektor Burkhard Hintzsche) zur Vertretung berufen sind:

1. Beigeordneter Lohe
2. Beigeordnete Stulgies
3. Beigeordneter Dr. Keller
4. Beigeordneter Prof. Dr. Meyer-Falcke
5. Städtkämmererin Schneider

Der Rat besetzte die bisher von Stadtdirektor und Stadtkämmerer a.D. Manfred Abrahams wahrgenommenen Mandate in städtischen Beteiligungsgesellschaften und Stiftungen. In den Aufsichtsräten der Neuss-Düsseldorfer Häfen GmbH & Co,KG sowie deren Tochtergesellschaften Hafen Krefeld GmbH & Co und RheinCargo GmbH & Co.KG, der Flughafengesellschaft Mönchengladbach GmbH, der Düsseldorf Congress Sport & Event GmbH, der Sana Kliniken Düsseldorf GmbH und im Kuratorium der Stiftung Museum Kunstpalast wird er durch die Stadtkämmererin Dorotheé Schneider ersetzt. Sie wird auch persönliche Vertreterin des Oberbürgermeisters im Aufsichtsrat der Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH sowie stellvertretendes Mitglied in der Kommission nach § 32 b Luftverkehrsgesetz. Außerdem wurde sie zum Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Unterbacher See und zum stellvertretenden Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes IT Kooperation Rheinland, des Zweckverbandes Verkehrsverbund RheinRuhr gewählt.

Der Rat

- wählte die Leiterin der Volkshochschule Simone Bruns in die Mitgliederversammlung und in die Bezirksarbeitsgemeinschaft des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW e.V. Ihr Vertreter ist der stellvertretende Leiter der VHS Hans-Walter Samuel;
- wählte Kristof Becker als Vertreter der im Bereich des Jugendamtes wirkenden Träger der freien Jugendhilfe zum stellvertretenden Mitglied in den Jugendhilfeausschuss;
- bestellte als sachverständige Bürgerinnen und Bürger für die Beratungen des Kulturausschusses über Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz: die Architekten Bernd Bramlage und Prof. Dr. Döring sowie die Landschaftsarchitektin Almut Spelberg;
- beschloss, die Besetzung der Kleinen Kommission RRX um zwei stimmberechtigte Mitglieder der Ratsfraktion Tierschutzpartei/Freie Wähler zu erweitern und nahm Änderungen/Ergänzungen in der Besetzung des Vorstandes der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft, des Aufsichtsrats der Jugendberufshilfe sowie der Gesundheitskonferenz vor;
- ersetzte Miriam Koch im Beirat der Bädergesellschaft durch Günter Karen-Jungen, im Kuratorium der ZERO-Foundation und im Kuratorium der Stiftung Museum Kunstpalast durch Clara Gerlach und ersetzte im Aufsichtsrat der Düsseldorf Congress Sport & Event GmbH Lutz Pfundner durch Peter-Ulrich Peters.

Jugendhilfe und Schulentwicklungsplanung

Die Planung für den **Grundschulbereich** geht bis zum Jahr 2020/21 mit einem Bedarf von zusätzlichen 21 Zügen mit 105 Unterrichtsräumen aus. Deshalb beschloss der Rat bei Enthaltung der Fraktion Tierschutzpartei/freie Wähler einstimmig folgende Maßnahmen, wobei in den Stadtbezirken 1, 3 und 7 zusätzliche Neubaumaßnahmen vorbereitet werden:

- Erhöhung um zwei Züge zu einer vierzügigen städt. Gemeinschaftsgrundschule Matthias-Claudius-Schule **Bongardstr. 9**. Nach Verlagerung der St. Rochus-

- Schule (ehemals Kath. Grundschule Ehrenstraße) zum Schulstandort Gneisenaustraße (ehem. Gemeinschaftshauptschule Blücherstraße) wird der Standort durch Sanierung und Umbau hergerichtet;
- Reduzierung der Zügigkeit von vier auf drei Züge an der Städt. Gemeinschaftsgrundschule **Rolandstraße**, da die Flächen für den Ganztags einer vierzügigen Schule nicht ausreichen;
 - Erhöhung von zwei auf drei Züge an der städt. Katholischen Grundschule **Florensstraße**. Erforderliche Baumaßnahmen werden noch geprüft, übergangsweise müssen Container aufgestellt werden;
 - Erhöhung von zwei auf drei Züge an der städt. Katholische Grundschule **Fleher Straße**. Auch hier muss ein Erweiterungsbau errichtet werden. In der Zwischenzeit werden Klassenraumcontainer aufgestellt;
 - Erhöhung von zwei auf drei Züge an der städt. Gemeinschaftsgrundschule **Rather Markt**. Durch Umbau der ehemaligen Lehrküche kann der zusätzliche Raumbedarf gedeckt werden;
 - Erhöhung von zwei auf vier Züge an der **Katholischen Grundschule Unter den Eichen**. Nach Verlagerung der Aloys-Odenthal-Schule zum Standort Diepenstraße wird der Standort Unter den Eichen durch Sanierung und Renovierung hergerichtet;
 - Erhöhung von zwei auf drei Züge der **Volker-Rosin-Schule Arnstadter Weg**. Nach Auslösung des Teilstandortes Erfurter Weg der Martin-Luther-King-Schule werden diese Räume hergerichtet;
 - Erhöhung von zwei auf drei Züge an der **Astrid-Lindgren-Schule Leuthenstraße**. Der Raumbedarf kann im Bestand gedeckt werden;
 - Erhöhung von drei auf fünf Züge an der St. Apollinaris-Schule. Am Teilstandort **Am Steinkaul** werden zwei Züge errichtet, zunächst in Containern bis nach dem derzeit laufenden Bebauungsplanverfahren ein großer Erweiterungsbau nebst Sporthalle realisiert wird.

Investitionen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung des folgenden Projektes:

- Sanierung (einschl. PCB) der **Theodor-Litt-Realschule** (Urdenbach) mit Gesamtkosten von 18 Mio Euro. In mehreren Bauabschnitten soll eine PCB-Sanierung durchgeführt und der Brandschutz verbessert werden. Die betroffenen Schulklassen werden jeweils in eine Containeranlage ausgelagert. In den Jahren 2016 und 2017 werden Planungsmittel von jeweils 0,8 Mio Euro in den Haushalt eingestellt. Die Maßnahme stand auf Platz 9 der Prioritätenliste aus dem Jahr 2011.

Der Rat beschloss die Ausführung und Finanzierung der folgenden Projekte:

- Erneuerung der Kältetechnik und Sanierung des Maschinenraumes im **Eisstadion Brehmstraße**. Die Kälteanlage und der Maschinenraum wurden 1966 errichtet und 1991 teilerneuert. Die Ersatzteilversorgung ist nicht mehr gewährleistet. Der Kühlturm weist erhebliche Korrosionsspuren auf. Die Steuereinheit der Kälteanlage wird derzeit manuell gesteuert. Mit einem Aufwand von rd. 1,5 Mio Euro wird die Kälteanlage komplett ausgetauscht und anschließend der Maschinenraum saniert (einstimmig);
- **Nachrüstung Blindensystem und brandschutztechnische Ertüchtigung des U-Bahnhofes Düsseldorf-Hauptbahnhof** mit Gesamtkosten von 11,25 Mio Euro. Es werden rauchdurchlässige Deckenkonstruktionen hergestellt, Brandmeldeanlagen und Alarmierungseinrichtungen sowie Sicherheitsbeleuchtungen installiert, Kabelanlagen ausgetauscht und repariert, Flucht- und Ret-

- tungswege beschildert und Lüftungsanlagen ertüchtigt. Die Arbeiten werden von Anfang 2016 bis Ende 2017 im laufenden Betrieb durchgeführt, die Materialtransporte erfolgen in den nächtlichen Betriebspausen (einstimmig);
- **Sanierung der Ufermauer im Zollhafen** mit von 3,8 Mio auf 5 Mio Euro erhöhten Gesamtkosten. Bis Ende 2016 wird die Sanierung der über 100 Jahre alten Uferwand durchgeführt. In diesem Jahr sind bereits der dort liegende Steiger entfernt sowie eine Kampfmittelsondierung durchgeführt worden. Die Kosten für die eigentliche Sanierung sind aufgrund der geringen Anzahl von Spezialunternehmen gestiegen (Enthaltung Pirat);
 - **Erweiterung des Deutschen Tischtenniszentrums am Staufenplatz** um eine Trainingshalle einschl. Funktionsräumen mit Gesamtkosten von 4,7 Mio Euro. Um im Hinblick auf die 2017 stattfindende Tischtennisweltmeisterschaft ausreichende Trainingsmöglichkeiten zur Verfügung stellen zu können, ist der Bau der Trainingshalle bis Ende 2016 zu realisieren. Deshalb erfolgte die Ausschreibung im Oktober, nachdem ein Dringlichkeitsbeschluss gefasst wurde, den der Rat nun genehmigte. Die Maßnahme wird von Bund (1,32 Mio) und Land (1,45 Mio) bezuschusst (einstimmig).

Planungsrecht

Der Rat stellte gegen Linke bei Enthaltungen der Fraktion Tierschutzpartie/freie Wähler fest, dass die **erstmalige Herstellung von Erschließungsanlagen** den Anforderungen des Baugesetzbuches genügt und der vorhandene bzw. geplante Ausbau die Voraussetzungen für die Abrechnung von Erschließungsbeiträgen erfüllt:

- Bergische Landstraße Teil 3 von Am Gallberg bis Blanckertzstraße
- Ickerswarder Straße Teil 4 von Am Bärenkamp bis Am Scheitenweg
- Rudolfstraße

Der Rat beschloss gegen Linke die **Änderung des Bebauungsplans Mindener Straße**. Der Bebauungsplanentwurf für das ehemalige Gelände der Vereinigten Kesselwerke AG wurde auf der Grundlage des Landeswettbewerbs 2006 „Junge Quartiere für das Wohnen im Alter“ erarbeitet. Im Plangebiet soll nun ein Wohn- und Mischgebiet entstehen mit 400 Wohnungen in vier- bis fünfgeschossigen Gebäuden und einer viergruppigen Kindertageseinrichtung. Die Quotierung für den öffentlich geförderten Wohnungsbau wurde an das Handlungskonzept Wohnen angepasst, sodass von den 400 Wohneinheiten 83 für den öffentlich geförderten Wohnungsbau und 81 Wohnungen für den preisgedämpften Wohnungsbau zu einer Nettokaltmiete von 8,50 Euro entstehen können. In einer zentralen Grünfläche mit Fuß- und Radwegeverbindungen in die Umgebung entsteht ein Kinderspielplatz. Im nördlichen Bereich an der Mindener Straße ist in geringem Umfang Einzelhandel zur Nahversorgung vorgesehen. Die Erschließung erfolgt über die Mindener Straße, Durchgangsverkehre werden ausgeschlossen, die Höchstgeschwindigkeit wird auf 30 begrenzt. Im Mischgebiet im südlichen Bereich sind Wohn-, Geschäfts- und Bürogebäude, Arztpraxen, Dienstleistungen und Gastronomie möglich.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer